"Die Kuh ist zu fett für uns" in Süddeutsche Zeitung (13. Januar 1971)

Quelle: Süddeutsche Zeitung. Münchner Neueste Nachrichten aus Politik, Kultur, Wirtschaft und Sport. Hrsg. DÜRRMEIER, Hans ; Herausgeber HEIGERT, H. 13.01.1971, n° 11; 27. Jg. München: Süddeutscher Verlag. "Die Kuh ist zu fett für uns", auteur:Schröder, Dieter , p. 3.
Urheberrecht: (c) Süddeutsche Zeitung
URL: http://www.cvce.eu/obj/die_kuh_ist_zu_fett_fur_uns_in_suddeutsche_zeitung_13_januar_1971-de-85288f05-0097-4226-90ef-96099ef78e20.html
Publication date: 13/09/2013

Großbritannien: Wachsende Front der EWG-Gegner

„Die Kuh ist zu fett für uns“

Die Furcht vor steigenden Lebensmittelpreisen wird ebenso für die Propaganda ausgenutzt wie die Angst vor einem Souveränitätsverlust

Von unserem Korrespondenten Dieter Schröder

London, im Januar

Das Europa der Sechs tritt in den Alpträumen der britischen EWG-Gegner in verschiedenen furchterregenden Figuren auf: Erst nahm diese Gestalt die Umrisse des General de Gaulles an, der das stolze Albion französischer Hegemonie unterwerfen wollte; dann erschien sie als eine fette Kuh, die unentwegt Milch gab und die das britische Inselreich unter einer Fettschicht teurer Butter zu begraben drohte; und schließlich verkörperte sie sich in den „Bürokraten von Brüssel“, die in der EWG-Mythologie dieser Briten das Böse an sich darstellen, weil sie dem britischen Volk seine Demokratie rauben wollen und in ihren verbrecherischen Absichten noch weiter gehen als die „Gnome von Zürich“, die Großbritannien angeblich in der Zinsabhängigkeit zu halten trachten.

So lange de Gaulle regierte, konnten sich die EWG-Gegner in ihren Angstzuständen damit trösten, daß alles nur ein Traum sei und daß der General das Schlimmste schon mit seinem Veto verhindern werde. Seit es ihn nicht mehr gibt, besteht jedoch die Gefahr, daß aus dem Alptraum eines Tages Wirklichkeit wird. Je weiter die Verhandlungen in Brüssel schreiten, um so mehr sinnen die „Anti-Marketeers“ Tag und Nacht über neue abschreckende Auswirkungen der EWG-Mitgliedschaft nach, um die Briten das Fürchten zu lehren und eine Panikstimmung zu erzeugen. Bisher können sie mit ihrer Kampagne zufrieden sein, ihr Erfolg stellt eine ernsthafte Gefahr für Premierminister Heath dar, der diesmal hoffen kann, die Verhandlungen in Brüssel erfolgreich abzuschließen, aber fürchten muß, daß ihm eine Mehrheit im Unterhaus und in der Bevölkerung die Zustimmung zum Eintritt in die EWG versagt.

David gegen Goliath

Der Kampf der „Anti-Marketeers“ gegen die beitrittswillige Regierung und die EWG-freundliche Führung der drei Parteien im Unterhaus nimmt sich aus wie ein Duell zwischen David und Goliath. Was dem David an Kraft entgeht, ersetzt er durch Schnelligkeit und durch die Selbstvertrauen einflößende Gewißheit, daß der Goliath auf den tönernen Füßen eines auf das Londoner Regierungsviertel beschränkten Konsensus steht. Die Mehrheit der Bevölkerung unterstützt dagegen die Anti-EWG-Guerillas, die darauf bauen können, daß nach der jüngsten Gallup-Umfrage zwei Drittel der Bevölkerung den Anschluß an die EWG ablehnen und den Beitrittsantrag der Regierung mißbilligt.

Diese direkte Umkehrung der Stimmung in der Mitte der sechziger Jahre versuchten bis zum Beginn dieses Jahres mehrere kleine Organisationen zu schüren und auszunützen wie die „Anti-Commonmarket-League“ und das „Labour-Komitee zum Schutze gegen die EWG“. Die Haager EWG-Gipfelkonferenz im Dezember 1969, die sich für eine neue Verhandlungsrunde mit Großbritannien aussprach, lehrte die EWG-Gegner jedoch, ihre Anstrengung angesichts der heraufziehenden Gefahr zu koppeln und zu verstärken. Im ehemaligen Labour-Handelsminister Douglas Jay, der im Sommer 1967 wegen seiner Ablehnung des Beitrittsantrags vom damaligen Premierminister Wilson aus der Regierung entlassen worden war, fanden die EWG-Gegner einen energischen Führer, der im Februar 1970 alle Antiorganisationen zur „Commonmarket Safeguards Campaign“, zur Kampagne zum Schutze gegen den Gemeinsamen Markt, zusammenschloß.

Auch gemeinsam verfügen diese Organisationen nur über rund 10 000 Mitglieder. Sie sind eine aktive Minderheit, die lautstark an der Spitze der schweigenden Mehrheit marschiert. Ihre finanziellen Mittel sind so beschränkt, daß sie sich nur ein kleines Zweizimmerbüro in der vornehmen Londoner Park Lane, einen Geschäftsführer und eine Sekretärin leisten können. Die Kampagne finanziert sich allein aus den Zuwendungen EWG-feindlicher Briten. Stolz zeigt Geschäftsführer Ron Leighton die Spenden, die an einem

einzigen Tag mit der Morgenpost eingegangen sind. Vier Schecks über je ein Pfund, zwei Pfund, 5 und 25 Pfund. Viele senden jedoch nur den Mindestbeitrag von zehn Shilling. Die Finanzen der Organisation nehmen sich deshalb armselig aus im Vergleich zum Finanzpolster der EWG-Freunde. Die den EWG-Beitritt propagierende Europäische Bewegung in Großbritannien erhält jährlich einen Zuschuß aus dem Etat des Foreign Office in Höhe von knapp 70 000 Mark, und im vergangenen Jahr kassierte sie rund vier Millionen Mark an Spenden.

Ein paar Shilling Spendenopfer

Das Verhältnis der Spendensummen stellt jedoch kein Barometer für die Stimmung in der Bevölkerung dar. Die Safeguards Campaign wird vorwiegend von einfachen Briten unterstützt, die ein paar Shilling opfern, um sich vor den höheren EWG-Lebensmittelpreisen zu schützen. Die Europäische Bewegung erhält ihre Spenden dagegen vor allem aus der Industrie, die den Beitritt wünscht, weil sie sich vom größeren europäischen Markt Vorteile verspricht. Dennoch gibt es kein soziales Gefälle und keine parteipolitische Scheidungslinie zwischen den beiden Organisationen. Befürworter und Gegner des EWG-Beitritts finden sich in allen Klassen und Parteien. An der Spitze der Europäischen Bewegung stehen Konservative wie der ehemalige Botschafter in Washington, Lord Harlech, der Churchill-Schwiegersohn Duncan Sandys und der ehemalige Labour-Außenminister und jetzige Lord George Brown. Die Anti-EWG-Kampagne kann mit einem noch weiter gefächerten Spektrum zwischen Links und Rechts aufwarten. Zu ihren Schutzherren gehören extrem linke Gewerkschaftler wie der Generalsekretär der Transport-Arbeiter-Gewerkschaft Jack Jones und reaktionäre Politiker wie der konservative Unterhausabgeordnete Sir Gerald Nabarro.

Trotz ihrer beschränkten Mittel übt die anti-europäische Safeguards-Campaign einen viel größeren Einfluß auf die Öffentlichkeit aus als die Europäische Bewegung. Sie hat es allerdings auch einfacher als es die „Europäer“ haben, denn sie braucht nur die Ängste und die Befürchtungen der Briten zu verstärken. Selbst die Regierung muß zugeben, daß der Eintritt in die EWG höhere Lebensmittelpreise bedeutet. Flugblätter mit vergleichenden Statistiken der Lebensmittelpreise in Großbritannien und der EWG gehören deshalb zum bevorzugten Propagandamaterial der EWG-Gegner. Die europäische Milchkuh muß als Verbraucherschreck und als Symbol für die „absurde und unsinnige Agrarpolitik“ der EWG herhalten. „Sie ist zu fett für uns“, heißt es in einem dieser Flugblätter, das auch nicht zu erwähnen vergißt, daß es in der EWG 24 Millionen solcher Milchkühe gibt, und daß die Preise für Milchprodukte künstlich hochgehalten werden, um „Millionen kleiner und leistungsunfähiger deutscher und französischer Bauern die Existenz zu garantieren“.

Daß die Übergangszeit für Großbritannien, über die man sich in Brüssel schon im Prinzip einig ist, die britischen Anpassungsschwierigkeiten erleichtern könnte, glaubt er nicht: „Wir haben nur die Wahl zwischen dem plötzlichen Tod und allmählicher Erdrosselung.“

Die Drohung mit den hohen Butter- und Fleischpreisen der EWG hat jedoch Nachteile: Erstens steigen auch in Großbritannien die Lebensmittelpreise ständig, und zweitens würde sich die Anpassung an das EWG-Preisniveau nur langsam vollziehen. Die EWG-Gegner müssen also damit rechnen, daß ihre Propagandawaffe mit der Zeit etwas von ihrer Abschreckungskraft verliert. Sie haben deshalb rechtzeitig eine zweite politische Front aufgebaut, an der nach ihrer Meinung noch schlimmere Gefahren drohen, nämlich die Abhängigkeit von der „undemokratischen“ Brüsseler EWG-Kommission oder gar das Fortschreiten der EWG zu einem föderalen Staatenbund, in dem Großbritannien seine „nationale Unabhängigkeit“ verlieren und ein „Bundesstaat wie Kalifornien, Pennsylvanien oder die Ukraine“ werden würde. Nicht nur würde die heiligste aller britischen Institutionen, das Unterhaus, seine Unabhängigkeit aufgeben müssen, die Königin müßte auch einem „Präsidenten von Europa“ den Vortritt lassen.

Warnung vor dem Traum

Ausdrücklich warnt eines der Flugblätter auch vor dem „eitlen Traum“, Großbritanniens Politiker und Beamte könnten nach dem Eintritt die politische Führung der EWG übernehmen. Die „politische Maschine“ der EWG sei auf die französischen Interessen zugeschnitten, schreibt der Verfasser, William Pickles, und er zieht daraus den Schluß: „Nicht einmal unsere hervorragendsten Köpfe könnten etwas daran ändern, ebensowenig wie die Deutschen und Franzosen lernen können, wie Briten zu denken oder sich wie diese zu

benehmen.“

Ron Leighton leugnet allerdings, daß die politischen Argumente gegen die Mitgliedschaft die allmählich verblassenden wirtschaftlichen ersetzen soll. Er sieht es anders: „Die politischen Gründe stehen jetzt im Vordergrund, weil wir die Auseinandersetzung über die ökonomischen schon gewonnen haben.“ Indes gibt es einen ganz anderen Grund für die Verlagerung des Kampfes an die politische Front. Je näher der Tag der Entscheidung rückt, desto wichtiger ist es für Leighton und seine Freunde, eine Mehrheit gegen den EWG-Beitritt im Unterhaus zustande zu bringen.

Auch dabei läßt sich die Safeguard Campaign kein Argument entgehen. Sie behauptet, daß die Unterschrift unter die Römischen Verträge die Entscheidungsfreiheit und die Steuerhoheit des Unterhauses einschränkt. Zum Beispiel darf nach den Römischen Verträgen kein Mitglied einseitig aus der EWG austreten. Eine solche Verpflichtung kann das Unterhaus nach britischer Verfassungstradition jedoch nicht eingehen, da seine Beschlüsse nur für die Dauer einer Legislaturperiode gelten und jedes neu gewählte Parlament völlig freie Hand hat, die Beschlüsse des vorangegangenen aufzuheben. Auch die Regierung kennt dieses Hindernis, und sie hat zwei ehemalige Lord Chancellor, einen der Konservativen und einen der Labour-Partei, um entsprechende Gutachten gebeten. Beide sind zu dem salomonischen Schluß gekommen, daß das Unterhaus den Austritt beschließen könnte – gegen den Willen der übrigen Partner allerdings nur unter Bruch des Völkerrechts.

Schwieriger zu widerlegen ist die Behauptung der EWG-Gegner, daß das gegenwärtige Parlament nach britischer Tradition gar kein Mandat besitzt, den Eintritt in die EWG zu beschließen, weil die Mitgliedschaft nicht Gegenstand des letzten Wahlkampfs und damit auch nicht der Wählerentscheidung war. Beide Parteien haben sich in ihren Wahlprogrammen nur auf die Aufnahme von Verhandlungen verpflichtet. Die Safeguards Campaign fordert deshalb vor der Abstimmung über den Beitritt entweder Neuwahlen oder ein Referendum oder eine freie Abstimmung im Unterhaus. Leighton verweist auf die jüngste Gallup-Umfrage, nach der 42 Prozent der Befragten für eine Volksabstimmung sind, 23 Prozent für Neuwahlen und 15 Prozent für eine freie Abstimmung, insgesamt also 80 Prozent für die Forderungen seiner Organisation.

Neuwahlen ermöglichen jedoch nur dann eine klare Wählerentscheidung, wenn eine der beiden großen Parteien den Wahlkampf mit einem klaren „Nein“ zur EWG-Mitgliedschaft bestreiten würde. Nach Lage der Dinge kann diese Partei nur die Labour-Partei sein, und Leighton und seine Leute arbeiten darauf hin, die Partei zu einem solchen „Nein“ zu bewegen. Sie hoffen, daß ihnen auf dem Parteitag im Oktober 1971 gelingt, was ihnen beinahe schon auf dem Parteitag im Oktober 1970 gelungen wäre. Bis dahin rechnen sie auch damit, daß die Nein-Sager in der Parlamentsfraktion die Oberhand gewinnen, wo bereits eine knappe Hälfte der Labour-Abgeordneten zu den Ihren zählen.

Sollten sich die EWG-Opponenten in der Labour-Partei jedoch nicht durchsetzen, will sich die Safeguard Campaign auf die Forderung nach einem Referendum versteifen. Zwar ist eine Volksbefragung der britischen Verfassungstradition fremd, doch ist das Unterhaus souverän und kann alles beschließen, auch ein Referendum. Bereits jetzt hat eine kleine, aber prominente und entschlossene Schar von Politikern beider Parteien diese Forderung übernommen. Sie hat jedoch keine Chance, sich durchzusetzen. Viel wahrscheinlicher ist es, daß die EWG-Gegner und die Zauderer mit dem Verlangen nach einer „freien Abstimmung“ durchdringen, bei der die Fraktionsdisziplin aufgehoben ist. Oppositionsführer Wilson wäre eine freie Abstimmung nur recht, weil es ihm dann erspart bliebe, sich für eine der beiden Seiten zu bekennen und eine Spaltung der Partei zu riskieren. Premierminister Heath kann immerhin an sein Wahlkampfversprechen erinnert werden, daß er den Anti-Marketeers aus Gewissensgründen einen Ausbruch aus der Fraktionsdisziplin erlauben werde.

Heath wird sich eine solche Großzügigkeit jedoch nicht mehr leisten können. Die Zahl der EWG-Gegner in der konservativen Fraktion liegt nach Schätzungen zwischen 30 und 50, ist in jedem Fall aber höher als die Mehrheit der Regierungspartei, die augenblicklich genau 30 Stimmen ausmacht. Heath ist also auf die Unterstützung des kleinen Häufleins der EWG-Befürworter in der Labour-Partei angewiesen, deren Zahl mit 60 angenommen wird. Ob allerdings alle – wie ihr Anführer, der ehemalige Schatzkanzler Roy Jenkins, bereit sind, bei der Abstimmung über den Beitritt eine Spaltung der Partei zu riskieren, ist zumindest

fraglich. Ron Leighton frohlockt deshalb: „Heath wird kaum die Zustimmung des Unterhauses finden.“

In der Tat ist die Regierung im Augenblick mehr über die Vorgänge auf den hinteren Bänken des Unterhauses als über den Fortgang der Verhandlungen in Brüssel besorgt. Am Ende könnten jene Warner recht behalten, die glauben, Heath habe den EWG-Gegnern bereits zu lange das Feld überlassen und die notwendige Propagandakampagne zur Umstimmung der Briten zu lange hinausgeschoben. In der Downingstreet Nummer 10 will man den Startschuß dafür aber erst nach einem entscheidenden Durchbruch in Brüssel geben. Heath überläßt es bis dahin seinem Europaminister Rippon, Optimismus zu verbreiten. Er selbst will sich vorläufig den Rückzug offen halten – falls die Verhandlungen doch noch in einer Sackgasse enden.